



Käfer

Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- 70 Jahre Volkswagen
 - VW-Gesetz
 - Fritz und die Krankenkasse
 - Niedriglöhne stürzen ab
 - Afghanistan-Krieg
 - Autohersteller und Klima
 - Privatisierungen in Braunschweig und Wolfsburg
- www.roter-kaefer.de

70 Jahre Volkswagen – Rückblick und Ausblick

Weil Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel den Aufbau des neuen Werkes bei Falterleben verzögerten, ist das im März 1938 gegründete Vorwerk in Braunschweig das älteste. Seine Aufgabe damals: Ausbildung der Facharbeiter für das Stammwerk. Im Oktober wurde der Betrieb in der Lehrwerkstatt aufgenommen, wenig später begann auch der Werkzeug- und Vorrichtungsbau mit seiner Arbeit. Statt Volkswagen (KDF-Wagen) zu produzieren, wurden die Werke bereits 1939 zu Rüstungsbetrieben. Seit 1940 wurde der steigende Arbeitskräftebedarf durch ZwangsarbeiterInnen gedeckt. Es folgten Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge (von Ferdinand Porsche

und Anton Piech persönlich bei SS-Chef Himmler angefordert). Mehr als zwanzigtausend ZwangsarbeiterInnen schufteten und starben für Volkswagen. 1986 endlich stellte sich der Konzern seiner Vergangenheit. Wissenschaftliche Aufarbeitung, Jugendaustausch und die Einrichtung von Stätten der Erinnerung, sowie eine Geschichtswerkstatt in Braunschweig, begannen. Erst 1998 errichtete Volkswagen einen humanitären Fonds für die im 2. Weltkrieg bei Volkswagen beschäftigten ZwangsarbeiterInnen. Es ist diese Geschichte, die Verwendung der KDF-Spargroschen der Bevölkerung sowie der Einsatz der beschlagnahmten Gewerkschaftsgelder,

die den besonderen Einfluss von Gewerkschaften und Betriebsrat bis heute rechtfertigen. Im September 1949 überträgt die britische Militärregierung die Kontrolle über VW dem Land Niedersachsen und dem Bund. 1960 dann wird die GmbH in eine AG überführt und 60 % des Gesellschaftskapitals in Volksaktien veräußert. Das war die Geburtsstunde des VW-Gesetzes, das reaktionäre Kräfte in Deutschland und Europa beseitigen wollen. Just zum 50. Geburtstag 1988 verscherbelte die Bundesregierung unter

Kanzler Kohl ihren Anteil von 20%. Seit diesem Zeitpunkt sind nur noch 20,2%, nämlich der Anteil des Landes Niedersachsen, öffentliches Eigentum. Auch dieses wird immer wieder in Frage gestellt. Damit die Erfolgsgeschichte von Volkswagen auch für die Beschäftigten erfahrbar wird, müssen die Beschäftigten für ihre Arbeitsplätze, den Erhalt der Mitbestimmung und den Einfluss der Gewerkschaften und des Landes weiter kämpfen!

Nur dann kann unser Traum Wirklichkeit werden:



Der Rote Käfer gratuliert Volkswagen zum 100sten!

Als Mobilitätskonzern, der sämtliche Verkehrsträger vernetzt, bietet Volkswagen heute Lösungen für alle Ansprüche. Produktion und Produkte entsprechen den neuesten ökologischen und gesundheitspolitischen Ansprüchen. Dafür sorgt die Kontrolle kompetenter und repräsentativer Vertreter der Gesellschaft. Es gibt nur noch eine Belegschaft mit Löhnen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die weitere Reduzierung der Arbeitszeit von 30 auf 25 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich wird in Angriff genommen um die Arbeitsplätze und die Beschäftigung auch in den nächsten Jahren zu sichern!



Um uns selber müssen wir uns selber kümmern

Porsche-Chef Wiedeking bekommt Unterstützung in seiner Ablehnung des VW-Gesetzes. Nicht nur Wirtschaftsminister Glos (CSU) und die EU-Kommissare McGreevy und Verheugen (SPD) stehen hinter ihm, nun hat auch die CDU/FDP-Landesregierung Baden-Württembergs die Abschaffung des VW-Gesetzes im Bundesrat verlangt. „Die Sonderregelung sei ordnungspolitisch überholt und nicht mehr gerechtfertigt“ (BZ vom 28.8.). Auf deutsch: Einschränkungen der Freiheit des Kapitals passen nicht in das Konzept der Konzerne, weder in Deutschland, noch in Europa.

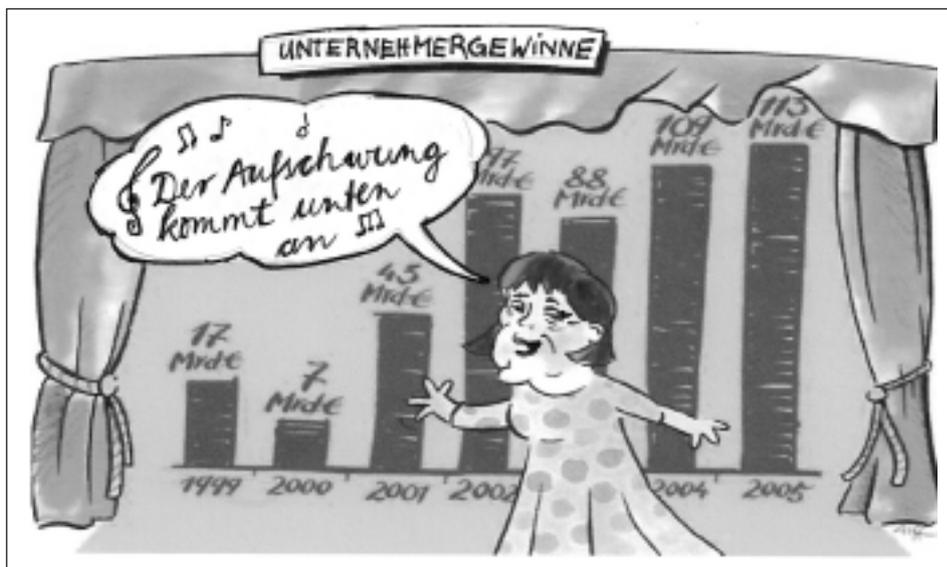
10% jährliche Produktivitätssteigerung, 8,4 Milliarden Euro Gewinn schon 2010 und 2018 eine „Kapitalrendite“ von irren 21%. Das geht nur, wenn die Beschäftigten immer mehr leisten! Dabei ist Arbeit an der Belastungsgrenze schon heute Alltag bei VW. Dauerhaft 18 und 21 Schichten wegen fehlender Anlagen sind in Braunschweig die Regel, in Wolfsburg will das Management 14 Sonderschichten und zusätzlich die Schichtverlängerung um jeweils 12 Minuten noch in diesem Jahr. Werksleiter Fiebig verlangt sogar den Samstag als Regelarbeitstag (WAZ vom 1.8.). Wenn es um den Höchstprofit geht, dann sind sich die Porsches, Piechs, Wiedeking und Winterkorn alle gegen uns einig.

„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern“, das ist die Erfahrung aus über 100 Jahren Kampf der Arbeiterklasse um ihre Rechte und um ein menschenwürdiges Leben. Das gilt im täglichen Kleinkrieg um bessere Arbeitsbedingungen genauso wie beim Kampf um Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft. Was die Mitbestimmung und den Erhalt des VW-Gesetzes angeht, wird jetzt eine Schippe draufgelegt:

Unter der Losung: Volkswagen muss

Volkswagen bleiben. Ja zum VW-Gesetz! soll Wiedeking und dem gesamten Aufsichtsrat am 12.9. vorm VW-Hochhaus deutlich gemacht werden, dass die Beschäftigten ihren Besitzstand verteidigen werden!

Diese Aktion muss von allen Beschäftigten gestützt werden. Hier kann es keine Stellvertretung durch Betriebsrat und Vertrauensleute geben. Hier geht es um Masse, hier ist jeder und jede persönlich gefragt!



Anfang des Jahres gab Frau Merkel das Stück „Der Aufschwung kommt unten an“ zum Besten. Jeder kann am eigenen Geldbeutel nachprüfen, was davon stimmt. Was sie wohl auf der Betriebsversammlung am 23.9. in Wolfsburg aufführt?



Fritz und die Krankenkassen

Da musste ich mir neulich in der Kantine ganz schön was anhören. „Na, seid ihr Vertrauensleute und Betriebsräte jetzt als Versicherungs-Fritzen für die Auto-BKK unterwegs? Hast Du auch genug Webebeschenke dabei?“ fragte Gabi grinsend. „Auto-BKK oder BKK-FTE: habt ihr denn schon gelernt was das alles heißt?“ frozelte Peter. „Ganz egal was das heißt. Die 15 Euro Werbeprämie pro neuem Mitglied stehen dir ja wohl zu, oder werden die pauschal ganz nach oben ausgezahlt?“ wollte Peter wissen. „Die 15 Euro Werbeprämie sind

jetzt aber von der Homepage runter“, warf Ilona ein. „Webeprämie ja oder nein“, brummte Paule, „wenn die neue BKK uns was bringt, ist mir das egal. Aber der Millionen-Neubau der Deutschen BKK in Wolfsburg ist gerade mal ein Jahr alt, jetzt müssen neue Räume angemietet werden und mehr Personal heißt das auch. Das muss doch alles mit unseren Beiträgen bezahlt werden, oder?“

Recht hat er der Paule. Eine Krankenkasse, die sich mitglieder- und ortsnah um die oft arbeitsbedingten Gesundheitsprobleme kümmert, ist sicher wünschenswert. Doch wusste man das vor vier Jahren bei der Fusion zur Deutschen BKK nicht auch schon? Und die offensichtlichen Mängel in unserer immer teurer werdenden Gesundheitsversorgung werden durch die Neugründung einer weiteren Kasse auch nicht beseitigt. Denn die sind systembedingt und es

gibt keine Mehrheit, die das in Frage stellen will.

Über 200 gesetzlichen Krankenkassen sind Bestandteil dieses Systems. Sie verschwenden Unsummen für fürstlich entlohnte Vorstände, aufgeblähte Verwaltungsapparate und teure Werbekampagnen, mit denen man sich gegenseitig „attraktive“ Mitglieder abjagen will. Sie gehören im Sinne einer umfassenden und einheitlichen Gesundheitsversorgung für alle BürgerInnen ebenso abgeschafft wie die Kassenärztlichen Vereinigungen, die privaten Krankenhäuser und die Profite der Pharmakonzerne. Meint jedenfalls

Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber:
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Niedriglöhne stürzen ab



Minus 13 Prozent bei den Stundenlöhnen in sechs Jahren – preisbereinigt. So die Bilanz für die Beschäftigten im unteren Viertel der Einkommenspyramide. Die durchschnittlichen Stundenlöhne sanken von 7,23 € im Jahr 2000 auf 6,84 € 2006. Selbst das „obere Viertel“ der Beschäftigten konnte sich über die Jahre nur leicht verbessern, im Schnitt um gut zwei Prozent – unter Berücksichtigung der Inflation. „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.“ Sagt Kanzlerin Merkel. Bei einigen stimmt das auch: Die Gewinne und Vermögenseinkommen sind um 45% gestiegen, preisbereinigt um über 30%. Die immer krassere soziale Spaltung

der Gesellschaft ist politisch gewollt: Rot-Grün und Schwarz-Rot machten den Weg frei für immer mehr Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, EinEuro-Jobber und sozial ungesicherte Scheinselbstständige. Durch Hartz IV mit Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes wird Lohndrückerei vorangetrieben. Für Unternehmen und Vermögende dagegen gab es großzügige Steuersenkungen. Schon 22% der Beschäftigten müssen im Niedriglohnbereich arbeiten. Der Trend zu immer mehr Lohndumping muss gestoppt werden. Vor allem durch einen gesetzlichen Mindestlohn, der von 7,50 € schrittweise auf 9 € steigt.

VCD: Klimaschutz bei Autoherstellern Fehlanzeige

Die europäischen Autohersteller hinken ihren selbstgesteckten Klimazielen weiter hinterher. Das belegen neueste Zahlen über den CO₂-Ausstoß aller in der EU im Jahr 2007 verkauften Neuwagen, die der Verkehrsclub Deutschland (VCD) Ende August veröffentlicht hat. Danach stießen die von europäischen Herstellern in Europa verkauften Neufahrzeuge im Durchschnitt 157 Gramm CO₂ pro Kilometer aus. Gegenüber dem Vorjahr verbessert sich die CO₂-Bilanz damit um mager drei Gramm oder nicht einmal zwei Prozent.

Im EU-Vergleich landet Deutschland auf Rang 15 von 18 und steht weiterhin besonders schlecht da. Hier stießen alle ver-

kauften Neuwagen durchschnittlich 168 g CO₂/km aus, drei Gramm weniger als im Vorjahr. Volkswagen liegt bei 163 g/km. 1998 hat der Verband der europäischen Automobilhersteller ACEA versprochen, den CO₂-Ausstoß von Neuwagen bis 2008 auf durchschnittlich 140 g/km zu senken. Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des VCD: „Wenn man die Top Ten der umweltfreundlichsten Familienautos betrachtet, sieht man, welcher Flottenverbrauch jetzt schon möglich ist: Sie stoßen im Durchschnitt gerade mal 125 g CO₂/km aus... Die Hersteller sollten also ...ihre Kräfte dafür einsetzen, alle ihre Autos sparsamer und effizienter zu machen.“

Demonstration am 20. September in Berlin:

Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan!

Die tödlichen Schüsse von deutschen Soldaten auf eine Afghanin und ihre zwei Kinder, die sich häufenden Angriffe auch auf die deutschen Besatzungstruppen zeigen unübersehbar: Krieg und Besatzung in Afghanistan stecken in der Sackgasse. Die Lage für die Bevölkerung wird nicht besser, sondern schlechter. Immer mehr Zivilpersonen geraten zwischen die Fronten. Bundesregierung und Bundestag dürfen auf keinen Fall einer Aufstockung der Bundeswehr zustimmen, sondern müssen den Militäreinsatz ganz ablehnen.

„Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.“

Die Beendigung der Bundeswehreinätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!“ (Aus dem Aufruf der Friedensbewegung zur Demonstration in Berlin)

Aus Braunschweig und Wolfsburg werden Busse nach Berlin fahren. Erkundigt Euch bei den Attac-Gruppen, den Parteien DKP und Die Linke oder unter www.afghanistandemo.de.

Diskussion zu Agrosprit

„Agrotreibstoffe – Bio und Fair?“

Diskussion zur Problematik des Einsatzes von Agrotreibstoffen

23.9.08, 19.00 Uhr, im Hörsaal 1 des Aalto-Kulturhauses in Wolfsburg

Es referieren: Herr Vetten, katholisches Dekanat Wolfsburg, Mitarbeiter des kath. Hilfswerkes Misereor. Herr Schneck, MdL, Sprecher des Initiativkreis Biokraftstoffe, Mitglied des BR VW. Die Diskussion wird vom Agenda 21-Forum „Nord-Süd-Zusammenarbeit“ der Stadt Wolfsburg veranstaltet; Eintritt frei

Schulsanierung in Braunschweig soll privatisiert werden

PPP – nützt nur den Konzernen

Ein Sanierungsprogramm ohne neue Schulden verspricht OB Hoffmann, und will die Sanierung Braunschweiger Schulen privatisieren. In einem sog. PPP-Projekt (Public Private Partnership) sollen für die Sanierung von acht Schulen 42 Mio. € privater Mittel aufgebracht werden.

Diese Privatisierung wird den Bürgern mit „Effizienzgewinn“, „Kostenvorteil“ und „optimierten Arbeitsabläufen“ schmackhaft gemacht. Das sind die Begriffe, mit denen Unternehmer immer die Fremdvergabe begründen. In Wirklichkeit ist damit Profitsteigerung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und mindere Qualität verbunden.

Die BIBS (Bürgerinitiative Braunschweig) schreibt dazu: „So sollen von 2009 bis 2012 42 Mio. € von privat besorgte Sanierungsmittel zum Einsatz kommen, für die die Stadt dann an die Privaten "Miet- und Pachtzahlungen" zu leisten hat in Höhe von: 2009 1,5 Mio. €, 2010 3 Mio. €, 2011 4,5 Mio. €, 2012 4,5 Mio. €. Die Stadt "mietet" sich also private Investmittel: um 42 Mio.€ Sanierungsmittel von privater Seite zum Einsatz zu bringen, legt die Stadt allein in den ersten vier Jahren 13,5 Mio.€ als "Miete" deklarierte Kapitalkosten auf den Tisch.

Da aber die Schuld an die Privaten damit längst nicht getilgt ist, zahlt die Stadt (bei einer angenommenen Laufzeit von üblichen 20 Jahren) weitere 16 Jahre jeweils 4,5 Mio.€ = 72 Mio.€. Nach 20 Jahren wäre die Stadt aus den Verpflichtungen erst wieder raus und hätte dann dafür 85,5 Mio.€ gezahlt.

Solche unvorteilhaften Finanzierungsge-

schäfte machen nur Leute, denen das Wasser finanziell bis zum Hals steht.

Deswegen hatte BIBS in der Pressemeldung gewarnt: "Insgesamt kommen der Stadt PPP-Modelle auf lange Sicht teuer zu stehen".“

Zusammen mit der Gebäudesanierung will Hoffmann auch gleich „49% des gesamten städtischen Gebäudemanagements mit seinen 347 Stellen (zu) privatisieren.“ (BZ vom 30.08.08).

Was mit privatisierten Arbeitsplätzen passiert, zeigt das Beispiel Müllabfuhr und Straßenreinigung: Von den 2001 und 2004 an ALBA „mitverkauften“ rd. 380 städtischen Beschäftigten sind heute noch 140 bei ALBA. 240 ehemals städtische Beschäftigte sind ausgeschieden und durch rd. 60 neue Mitarbeiter ersetzt.

Die Stadt zahlt jährlich ca. 5 Mio. € extra an ALBA für Sonderreinigung wie z.B. den Karnevalsumzug – diese Leistungen waren früher im städtischen Leistungsumfang enthalten.

So sehen „Effizienzgewinn“, „Kostenvorteil“ und „optimierte Arbeitsabläufe“ aus – sie füllen die Kassen der Konzerne.

Die Eltern und Schüler sollten sich durch Hoffmanns Versprechungen nicht blenden lassen. Die Stadt könnte Schulsanierung billiger und besser, oder warum muss sich der Investor das Fachwissen der städtischen Angestellten mit kaufen?

PPP heißt nichts anderes, als dass die Schulden nicht auf einmal im Haushalt auftauchen, sondern verteilt über den gesamten Zeitraum der Verpflichtungen gegenüber dem Investor. Ein Geschäft, das nur den Konzernen nützt!

VW-Eliteschule in Wolfsburg?

Das war ein Knaller. „VW schenkt Stadt eine Privatschule“ titelten die Wolfsburger Zeitungen zum 70-jährigen Stadtjubiläum Ende Juni. Und weiter: „Konzern und Kommune lassen ab 2009 im Vorzeige-Institut mit elitärer Zielsetzung Top-Nachwuchs ausbilden“ (WN vom 28.6.). Von „mehreren Millionen Euro Anschubfinanzierung“ war die Rede und dass VW eine Errichtungskommission einsetzt. Von Mitbestimmung der eigentlich zuständigen Ratsgremien dagegen las man gar nichts.

Inzwischen ist es ruhiger geworden um die private Eliteschule. Viele Fragen aber sind geblieben und werden immer drängender:

Wie passt diese Schule, die von Klasse 5 bis 12 bis zu 800 Schüler zum Abitur führen soll, in die Wolfsburger Schullandschaft? Schon jetzt zeichnen sich Probleme für den Erhalt der Oberstufen an den anderen Wolfsburger Schulen ab. Wer wird die Kosten für diese Privatschule tragen, wenn die „Anschubfinanzierung“ aufgebraucht ist? Die Stadt? Soll damit der neuen Gesamtschule, die ab 2009 im Norden Wolfsburgs geplant ist, das Wasser abgegraben werden?

Warum unterstützt VW nicht lieber die bestehenden Wolfsburger Schulen, statt „durch ein Vorzeige-Institut mit elitärer Zielsetzung“ die anderen Schulen abzuwerten?

Viele Fragen, keine Antworten. Die arrogante Art, wie der Konzern ohne Mitbestimmung der zuständigen Ratsgremien von oben herab seine Interessen durchdrücken will, lässt für die Wolfsburger Schülerinnen und Schüler allerdings nichts gutes ahnen. Ganz zu schweigen von den mehr als 1000 Jugendlichen unter 25 Jahren in Wolfsburg, die ohne Arbeit und oft auch ohne Ausbildung bereits jetzt schon einen Fehlstart in ihr Leben bekommen haben. Hier hätte der Konzern mit neuen Angeboten zur Bildungsförderung und mit neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ein weites Betätigungsfeld, für das man keine „private Eliteschule“ bräuchte.

Der DKP-Parteivorstand und der Bezirksvorstand Niedersachsen laden ein zum

Branchenseminar

Automobil- und Zulieferindustrie

am Freitag , 3.10.2008 um 10.30 Uhr bis Samstag, 4.10., 12.00 Uhr
beim Bezirksvorstand der DKP Niedersachsen, Volgersweg 6a, 30175 Hannover
(Übernachtung und Abendgestaltung im Naturfreundehaus)

Themenschwerpunkte:

- Was heißt Klassenkampf im Betrieb – Konflikte und Kompromisse bei der Umsetzung konsequenter Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
 - Veränderte Lage in der Zulieferindustrie und bei unabhängigen Herstellern und Auswirkungen auf die Autoproduzenten
 - Gewerkschaftliches Kräftebündeln in der Branche und international – statt Standortpolitik und betriebliche Produktivitätspakte
- Anmeldungen und Anfragen an presse@dkp-niedersachsen.de oder an oben genannte Postadresse. Beitrag für Verpflegung und Übernachtung: 30 €

Interessante Internetseiten:

www.dkp.de

www.unser-braunschweig.de/